

# Alle reden über Preise - die SPD macht sie!

- Bewußt verschweigen SPD und Bundesregierung, daß sie durch Versäumnisse in der Wirtschafts- und Steuerpolitik die Hauptverantwortung für die inflationäre Entwicklung tragen.
- Die ungerechte Besteuerung der Einkommen (inflationbedingtes Hineinwachsen in die Steuerprogression) und die Steuererhöhungen der Bundesregierung sind **Lohnraub und führen zur Preistreiberei.**

- Die Bundesregierung ist nicht zimperlich, wenn es um Preis- und Steuererhöhungen geht, die sie selbst beeinflussen kann:

Sie erhöhte seit 1972 die **Mineralölsteuer zweimal um insgesamt 9 Pf pro Liter (18 %)**.

Die **Tabaksteuer um 20 %**.

Die **Branntweinsteuer um 25 %**.

Innerhalb von nur zwei Jahren wurden die **Post- und Telefongebühren** gleich zweimal kräftig angehoben; eine neuerliche Gebührenerhöhung bei der Post ist für das nächste Jahr zu erwarten. Bisher erhöhten sich:

- Standardbriefe **von 0,30 DM auf 0,40 DM (also 33 %)**
- Postkarten **von 0,20 DM auf 0,30 DM (also 50 %)**
- Standarddrucksachen **von 0,10 DM auf 0,25 DM (also 150 %)**
- Päckchen **von 1,— DM auf 1,50 DM (also 50 %)**
- Pakete (5 kg bis 150 km) **von 1,20 DM auf 2,20 DM (also 83 %)**
- Grundgebühr Telefonanschluß **von 18,— DM auf 26,— DM (also 44 %)**
- Gesprächseinheit im Telefonverkehr **von 0,18 DM auf 0,21 DM (also 16 %)**.

- Bei der **Bahn** sind seit 1970 im Durchschnitt die Tarife im Personenverkehr **um 9,8 %** und im Güterverkehr **um 28 %** angestiegen.

- **Um von ihrer eigenen Unfähigkeit abzulenken, baut die SPD einen Popanz auf: den Privatunternehmer. Sie scheut sich nicht, längst überwundene klassenkämpferische Fronten wieder aufzubauen.**

- Die SPD verschleiert bewußt die Wahrheit. Sie sagt: „Der Staat hat alles in seiner Möglichkeit Stehende geleistet, um die Preise zu bremsen“ (SPD-Bundesgeschäftsführer Börner). Fachleute, die es besser wissen, werden schlichtweg zu Lügner gestempelt.

- Wer sich die Freiheit nimmt, die Regierung für diese katastrophale Entwicklung verantwortlich zu machen, wird als „Verbraucherfeind“ attackiert.

**Die CDU wünscht eine wirkungsvolle Verbraucheraufklärung, denn gerade der Verbraucher darf nicht verdummt und erst recht nicht aufgehetzt werden.**

Um den Verbraucher als Marktpartner zu unterstützen, hat sich die CDU immer für ihn eingesetzt.

- Die CDU hat eine Reihe von Gesetzen geschaffen, die Preisklarheit und Preiswahrheit zum Ziel hatten (z. B. Gesetz über Meß- und Eichwesen, Textilkennzeichnungsgesetz, Weingesetz, Investmentgesetz usw.).

- Die CDU hat die Verbraucheraufklärung initiiert, um dem Verbraucher die Möglichkeit zu geben, sich zu informieren und preisbewußt einzukaufen (Stiftung Warentest).
- Das war ein Anfang, den es weiterzuführen gilt. Deshalb fordert die CDU seit langem, daß **Verbraucherkunde und -erziehung zum kritischen Konsum** Eingang in alle Bildungsbereiche finden muß.
- Eine Möglichkeit, dem Verbraucher zu helfen, war die Novellierung des Kartellgesetzes. Nach dem Willen der CDU sollte neben der Preisbindung der 2. Hand auch die unverbindliche Preisempfehlung (durch die Preissenkungen verhindert werden können) aufgehoben werden. **Das hat die SPD verhindert. Sie hat sich grob verbraucherfeindlich verhalten.**